

Pressekonferenz

Ärzte-Streik an Unikliniken

Berlin, 15. März 2006



Armin Ehl

Hauptgeschäftsführer Marburger Bund-Bundesverband

Ich stelle Ihnen das Ergebnis der Urabstimmung der Mitglieder des Marburger Bundes, die bei den Ländern angestellt sind, vor. An der Urabstimmung haben Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern teilgenommen, die dem Geltungsbereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) angehören. Auch die Universitätskliniken in Hessen, das nicht zur TdL gehört, und Schleswig-Holstein, dort gilt ein Beschäftigungspakt bis 2007, haben an der Urabstimmung teilgenommen. Das Ergebnis ist, dass 98,4 Prozent der Abstimmenden für den Streik gestimmt haben.

Das ist ein klares Signal der Ärztinnen und Ärzte, die nicht länger bereit sind, in den Kliniken unter teilweise unzumutbaren Arbeitsbedingungen zu arbeiten, um die Haushalte der Kliniken durch schlechte Gehälter und die Nichtbezahlung von Überstunden zu sanieren.

In den vergangenen Jahren hat der TdL-Vorsitzende Hartmut Möllring den Klinikärzten durch die Kürzung des Weihnachtsgeldes, die Streichung des Urlaubsgeldes, die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Lohnausgleich und durch die konsequente Nichtvergütung von Überstunden bereits weit über 30 Prozent der Einkommen gestohlen. Der Marburger Bund verlangt, dass die TdL diesen staatlichen Lohnraub mit einem Ärzte-Tarifvertrag wieder rückgängig macht. Noch immer sind Mammutdienste und Arbeitsverträge mit äußerst kurzen Befristungen an der Tagesordnung.

Knapp 8.000 Ärztinnen und Ärzte hatten am 1. März mit Warnstreiks und Protesten den Arbeitgebern klar signalisiert, dass sie den raschen, arztgerechten Tarifabschluss erwarten. Die Mediziner erwarten einen Ärzte-Tarifvertrag, der bessere Arbeitsbedingungen und deutlich höhere Einkommen garantiert.

Mit der Aufnahme von Tarifverhandlungen im vergangenen Oktober hat die TdL die Notwendigkeit eines Ärzte-Tarifvertrages anerkannt. Da hat sie einmal die Realitäten zur Kenntnis genommen. Seit Jahren stimmen die deutschen Ärztinnen und Ärzte schon mit den Füßen ab. Anscheinend ist Herrn Möllring nicht klar, dass gerade wegen der unzureichenden Vergütung der Klinikärzte immer

Pressestelle

Reinhardtstraße 36
10117 Berlin
Tel.: 030/ 746 846-41
Fax: 030/ 746 846-45
presse@marburger-bund.de
www.marburger-bund.de

Athanasios Drougias (Ltg.)
Tel.: 030/ 746 846-40

Anna von Borstell
Tel.: 0221/ 973168-19

mehr deutsche Mediziner ins Ausland flüchten, weil dort anständige Arbeitszeiten und deutlich bessere Einkommen garantiert werden. Rund die Hälfte des Mediziner Nachwuchses bricht sein Studium ab oder geht ins Ausland. Der medizinische Nachwuchs kann aber nur in Deutschland gehalten werden, wenn wir bei den Arbeitsbedingungen international konkurrenzfähig werden.

Seit Oktober 2005 hat der Marburger Bund in insgesamt neun Runden mit der TdL verhandelt. Wichtige Aspekte wurden abgearbeitet, dann aber bekamen wir in der Kernfrage der Vergütung ein Angebot der Arbeitgeber, das eine schamlose Verhöhnung der hart arbeitenden Ärztinnen und Ärzte war. Nicht etwa mehr Gehalt sollte es geben, nein, Herr Möllring will sogar weitere Einkommenskürzungen durchsetzen. Das erste Angebot sei gleichzeitig sein letztes Wort.

Die Arbeitgeber haben offensichtlich die Zeichen der Zeit immer noch nicht erkannt. Nun werden die Kliniken mit unbefristeten Streiks der Ärztinnen und Ärzte überzogen und für die Unflexibilität und Realitätsferne der TdL bezahle. Das belegt, dass es Politiker wie Herr Möllring sind, die für den Ärztemangel und die zunehmende Verschlechterung der medizinischen Versorgung in Deutschland mitverantwortlich sind.

Wir wenden bei den anstehenden Streiks ein „rotierendes System“ an, bei dem die Streikintensität und die Anzahl der bestreikten Unikliniken in den kommenden Tagen und Wochen zunehmen werden.

Die Ärzte-Streiks beginnen am morgigen Donnerstag an acht Universitätskliniken (Freiburg, Heidelberg, München, Würzburg, Bonn, Essen, Mainz und Halle). Am Donnerstag werden wir den Streikauftakt mit einer zentralen Demonstration in Mainz einläuten. Am kommenden Freitag werden alle Ärztinnen und Ärzte demonstrativ ihre Arbeit wieder aufnehmen, um den Arbeitgebern den guten Willen der Mediziner zu verdeutlichen, auf Verhandlungswege zu einer Einigung zu kommen.

Die unbefristeten Streiks werden dann ab kommenden Montag wieder aufgenommen und in ihrer Intensität zunehmen. Die Klinikträger müssen sich in den nächsten Wochen - wenn nötig - in den nächsten Monaten, auf erhebliche Beeinträchtigungen des Krankenhausbetriebs einstellen. Wir wissen aus sicheren Quellen, dass Kliniken durch die Streiks von ver.di in den Krankenhäusern heute schon in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Patientinnen und Patienten weichen deshalb bereits für planbare Operationen auf andere Kliniken aus. Diese OPs sind nicht aufgeschoben, sondern aufgehoben. Das Geld dafür bekommen

die Unikliniken nicht mehr. Und wir haben noch nicht einmal angefangen. Wir raten den kaufmännischen Leitungen dringend, sich an ihre Unterhändler bei der TdL zu wenden und sie zur Vernunft zu bringen, denn bisher hat die TdL die Interessen der Kliniken nur unzureichend vertreten.

Eins halten wir klar fest: Kein Patient wird durch unsere Streiks Schaden erleiden. Die Notfallversorgung ist Tag und Nacht gewährleistet. Aufschiebbare und planbare medizinische Leistungen werden jedoch während der Streiks nicht stattfinden. Wir streiken gegen die Arbeitgeber und nicht gegen die Patienten. Unser Streik ist auch ein Streik für unsere Patienten, denn sie haben Anspruch auf ausgeruhte und motivierte Ärzte.

Es liegt ausschließlich an Herrn Möllring, wie lange die Ärzte-Streiks dauern werden. Wir verlangen von der TdL endlich ernsthafte und arztgerechte Vorschläge für einen raschen Abschluss eines Tarifvertrages für die 22.000 Universitätsärzte. Sinnloses Beisammensein und Beschäftigungstherapie für TdL-Funktionäre wird es mit dem Marburger Bund nicht mehr geben.